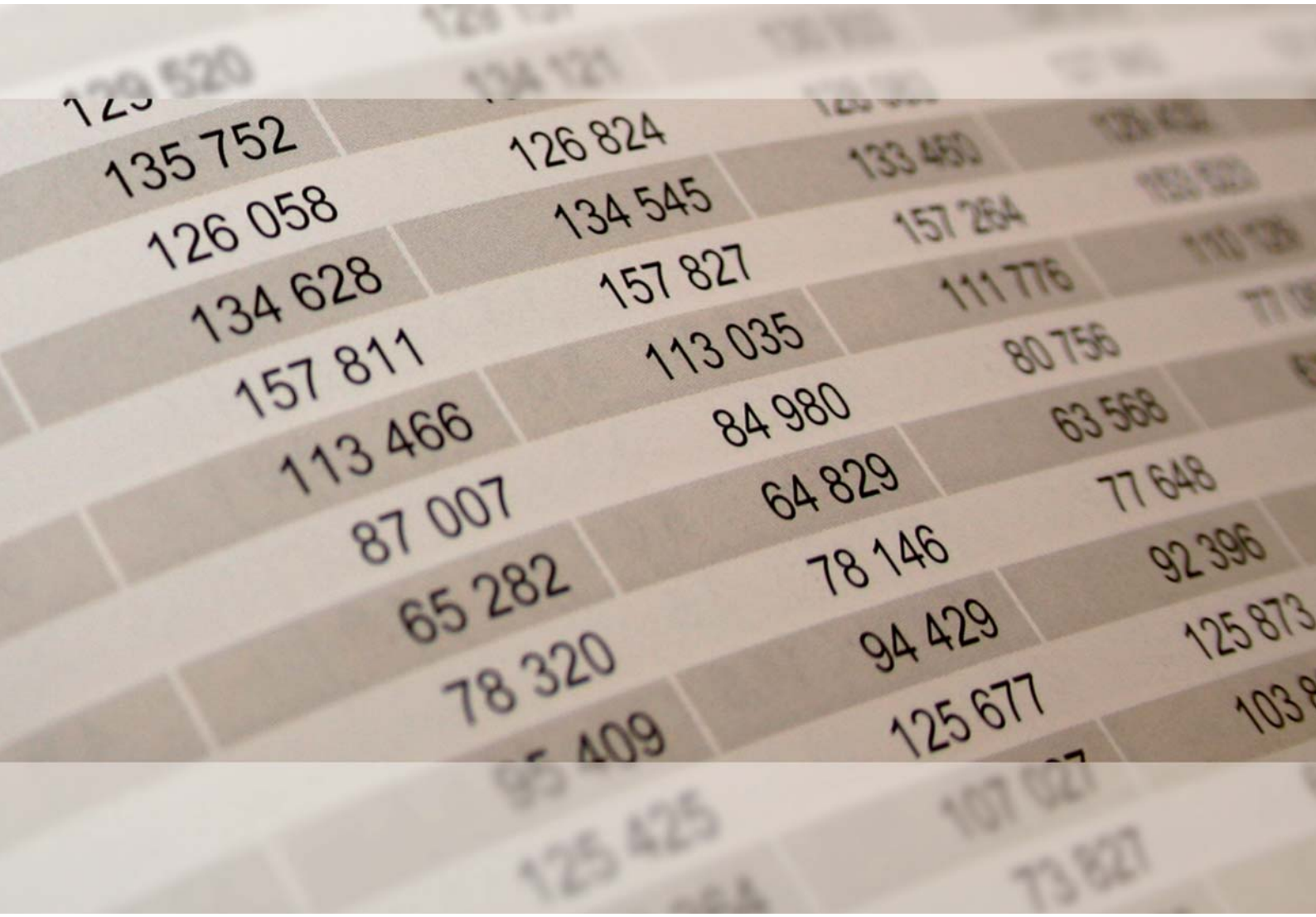
RheinlandPfalz
STATISTISCHES LANDESAMT

2018

STATISTISCHE BERICHTE



Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände am 1. Januar 2017

Statistik nutzen

L III - j/17 · Kennziffer: L3033 201700 · ISSN:1430-5151

Inhalt

		Seite
Erläuterungen und Rechtsgrundlagen		3
Tabellen		
T 1	Versorgungsempfänger/-innen im Landesbereich am 1. Januar 2017 nach Art der Versorgung, Geschlecht, Rechtsgrundlage für die Versorgung, Art des früheren Dienstverhältnisses und Besoldungsgruppen	5
T 2	Versorgungsempfänger/-innen im kommunalen Bereich am 1. Januar 2017 nach Art der Versorgung, Geschlecht, Rechtsgrundlage für die Versorgung, Art des früheren Dienstverhältnisses und Besoldungsgruppen	6
T 3	Versorgungsempfänger/-innen im Landesbereich und im kommunalen Bereich am 1. Januar 2017 nach Art der Versorgung, Geschlecht und Altersgruppen	7
T 4	Zugänge von Ruhegehaltsempfängern/-innen zum Versorgungssystem der Beamten/-innen und Richter/-innen im Landesbereich im Jahr 2016 nach Aufgabenbereichen, Laufbahngruppen, Geschlecht, Gründen für den Eintritt des Versorgungsfalles und Altersgruppen	8
T 5	Zugänge von Ruhegehaltsempfängern/-innen zum Versorgungssystem der Beamten/-innen im kommunalen Bereich im Jahr 2016 nach Aufgabenbereichen, Laufbahngruppen, Geschlecht, Gründen für den Eintritt des Versorgungsfalles und Altersgruppen	9

Zeichenerklärungen und Abkürzungen

0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
-	nichts vorhanden (genau Null)
...	Angabe fällt später an
/	keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug
.	Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
x	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
D	Durchschnitt
p	vorläufige Zahl
r	berichtigte Zahl
s	geschätzte Zahl
( )	Aussagewert eingeschränkt, da die Zahl statistisch unsicher ist
A	Besoldungsgruppe; Beamte des 1.- 4. Einstiegsamtes
B	Besoldungsgruppe; besondere Ämter des 4. Einstiegsamtes
R	Besoldungsgruppe; Richter, Staatsanwälte
C, H	Besoldungsgruppe; Hochschullehrer
S	Besoldung im Spitzenamt
L	Besoldung im Lehramt

Geringfügige Abweichungen in den Summen sind auf Runden der Zahlen zurückzuführen.
Abweichungen gegenüber früheren Veröffentlichungen erklären sich durch inzwischen vorgenommene Korrekturen.
Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100" die Kurzform „50-100" verwendet.

Ziel der Statistik

Die Versorgungsempfängerstatistik liefert Daten über die Leistungsberechtigten des öffentlich-rechtlichen Alterssicherungssystems. Hierzu gehören Versorgungsempfänger/-innen nach dem Beamtenversorgungsrecht sowie nach beamtenrechtlichen Grundsätzen (Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter, Dienstordnungsangestellten sowie jeweils deren Hinterbliebenen).

Die Daten können zusammen mit den Personalstandsdaten der aktiven Beamten und Richter als Entscheidungsgrundlage für Maßnahmen auf dem Gebiet des Beamten- und Versorgungsrechts verwendet werden. Außerdem sind sie für Berechnungen über die zukünftige Entwicklung der Versorgungsberechtigten und die daraus resultierenden finanziellen Auswirkungen auf die Haushalte der Gebietskörperschaften nutzbar.

Rechtsgrundlage

Rechtsgrundlage ist das Finanz- und Personalstatistikgesetz (FPStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Februar 2006 (BGBl. I S. 438), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. Mai 2013 (BGBl. I S. 1312), in Verbindung mit dem Bundesstatistikgesetz (BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565), das zuletzt durch Artikel 13 des Gesetzes vom 25. Juli 2013 (BGBl. I S. 2749) geändert worden ist. Details werden insbesondere in §7 FPStatG geregelt.

Erhebungsumfang

Die Versorgungsempfängerstatistik ist eine Vollerhebung. Die Daten werden unabhängig vom Wohnort (d.h. auch wenn die Versorgungsempfänger im Ausland leben) erfasst.

Regionale Ebene

Prinzipiell liegen auch regionalisierte Daten vor. In dem vorliegenden statistischen Bericht werden jedoch nur Summendaten für den Landesbereich (das Land und sonstige Einrichtungen in öffentlich rechtlicher Form) sowie separat für den kommunalen Bereich (die Gemeinde/Gemeindeverbände, Zweckverbände und sonstige Einrichtungen in öffentlich rechtlicher Form veröffentlicht.

Berichtskreis

Befragt werden alle öffentlichen Einheiten, die Beamte, Richter oder Dienstordnungsangestellten führen können (Dienstherrnfähigkeit). Stellvertretend für einige öffentliche Einheiten liefern die Versorgungskassen sowie das Landesamt für Finanzen dementsprechende Daten zu den Versorgungsempfänger.

Erhebungsmerkmale und Berichtszeitpunkt

Für alle Versorgungsempfänger/-innen des Landes und der Gemeinden/Gemeindeverbände werden Geburtsmonat und -jahr, Geschlecht, Familienstand, Art des früheren Dienstverhältnisses, Rechtsgrundlage der Versorgung, Art des Versorgungsanspruchs, Besoldungsgruppe, Wohnort, Ruhegehaltssatz, Grund für den Eintritt des Versorgungsfalles, Bruttobezüge des Vorjahres, Bezügebestandteile im Berichtsmonat erfasst. Zudem werden Zu- und Abgänge des Vorjahres erhoben.

Der Berichtszeitpunkt ist der 1. Januar des Berichtsjahres.

Vergleichbarkeit

Die Versorgungsempfängerstatistik in der aktuellen Form wurde zum Stichtag 01.01.1994 zum ersten Mal erhoben. Die Vergleichbarkeit der Daten aus der Versorgungsempfängerstatistik mit den Vorjahren ist weitgehend gewährleistet.

Die Versorgungsempfängerstatistik liefert Informationen zu den ehemaligen Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richtern sowie Dienstordnungsangestellten. Dieser Personenkreis wird während des aktiven Berufslebens von der Personalstandstatistik erfasst. Beide Statistiken werden methodisch im Einklang weiterentwickelt, so dass eine Vergleichbarkeit weitgehend gewährleistet ist.

Geheimhaltungsverfahren

Nach § 16 BStatG sind Einzelangaben grundsätzlich geheim zu halten, soweit durch besondere Rechtsvorschriften nichts anderes bestimmt ist. § 15 FPStatG lässt die Veröffentlichung von Ergebnissen auf Ebene der Erhebungseinheit mit Ausnahme der in § 2 Absatz 1 Satz 1 Nr. 7 FPStatG genannten Stellen (Einrichtungen für Wissenschaft, Forschung und Entwicklung) zu. Angaben zu einzelnen Personen unterliegen aber der Geheimhaltung. Lediglich den obersten Bundes- und Landesbehörden dürfen nach § 14 FPStatG für die Verwendung gegenüber den gesetzgebenden Körperschaften und für Zwecke der Planung, jedoch nicht für die Regelung von Einzelfällen, Tabellen mit Ergebnissen übermittelt werden, auch wenn Tabellenfelder nur einen einzigen Fall enthalten.

Zur Sicherstellung der Geheimhaltung wird in der vorliegenden Veröffentlichung ein in der amtlichen Statistik bundesweit abgestimmtes Rundungsverfahren angewendet. Alle Tabellenfelder mit Fallzahlen werden zunächst ohne Rundung ermittelt. Anschließend wird jede Zahl für sich auf ein Vielfaches von 5 auf- oder abgerundet.

T 1 Versorgungsempfänger/-innen im Landesbereich am 1. Januar 2017 nach Art der Versorgung, Geschlecht, Rechtsgrundlage für die Versorgung, Art des früheren Dienstverhältnisses und Besoldungsgruppen

Art des früheren Dienstverhältnisses Versorgungsrelevante Besoldungsgruppe	Empfänger/-innen von				darunter Empfängerinnen von		
	Versorgungs-bezügen insgesamt	Ruhegehalt	Witwen-/ Witwer-geld	Waisengeld	Versorgungs-bezügen insgesamt	darunter	
						Ruhe-gehalt	Witwen-geld
Versorgung nach Beamtenversorgungsrecht							
Beamter/-in Richter/-in							
4. Einstiegsamt	15 260	11 835	3 170	250	5 550	2 430	3 000
B 11 - B 5, R 10 - R 5	290	205	80	5	105	20	80
B 4 - B 1, R 4, R 3, C 4, H 7 - H 4, W 3	995	730	255	15	300	40	250
A 16 + Amtszulage, A 16, R 2, C 3, H 3, W 2	2 470	1 825	610	35	760	145	600
A 15, R 1, C 2, H 2, W 1	4 465	3 370	1 035	60	1 525	485	1 010
A 14, C 1, H 1	6 665	5 425	1 125	110	2 650	1 590	1 005
A 13	375	280	70	25	210	145	55
3. Einstiegsamt	26 755	22 050	4 360	345	13 815	9 865	3 775
A 16 "L" - A 13 "L"	5 305	4 485	750	65	2 840	2 160	640
A 14 "S", A 13 "S" + Amtszulage	170	140	30	-	35	5	30
A 13 "S"	2 460	1 825	615	25	705	85	610
A 12	13 365	11 315	1 905	140	8 555	7 010	1 485
A 11	3 480	2 795	635	50	1 135	515	595
A 10	1 615	1 260	320	35	400	65	310
A 9	360	225	110	25	150	25	110
2. Einstiegsamt	5 170	3 535	1 500	135	1 920	390	1 470
A 10 "S", A 9 "S" + Amtszulage	1 735	1 215	495	20	560	60	495
A 9 "S"	1 820	1 225	555	40	680	125	540
A 8	1 055	715	295	50	415	110	280
A 7	390	275	95	20	190	85	90
A 6	160	100	50	5	65	10	50
A 5	10	5	10	-	10	.	10
1. Einstiegsamt	350	200	145	5	155	5	145
A 6 "S", A 5 "S" + Amtszulage	195	140	50	.	55	.	50
A 5 "S"	120	40	75	.	80	.	75
A 4 - A 1	40	20	20	5	25	5	20
Sonstige	5	.	.	-	.	-	.
Zusammen	47 535	37 625	9 175	735	21 445	12 690	8 390
Versorgung nach beamtenrechtlichen Grundsätzen							
Bezieher/Bezieherin von Amtsgehältern	5	5	-	-	-	-	-
Arbeitnehmer/-innen	-	-	-	-	-	-	-
Zusammen	5	5	-	-	-	-	-
Versorgungsempfänger/-innen insgesamt							
I n s g e s a m t	47 540	37 630	9 175	735	21 445	12 690	8 390

T 2 Versorgungsempfänger/-innen im kommunalen Bereich am 1. Januar 2017 nach Art der Versorgung, Geschlecht, Rechtsgrundlage für die Versorgung, Art des früheren Dienstverhältnisses und Besoldungsgruppen

Art des früheren Dienstverhältnisses Versorgungsrelevante Besoldungsgruppe	Empfänger/-innen von				darunter Empfängerinnen von		
	Versorgungs-bezügen insgesamt	Ruhegehalt	Witwen-/ Witwer-geld	Waisengeld	Versorgungs-bezügen insgesamt	Ruhe-gehalt	Witwen-geld
Versorgung nach Beamtenversorgungsrecht							
Beamter/-in							
4. Einstiegsamt	1 320	960	340	20	405	65	335
B 11 - B 5	90	65	30	-	30	-	30
B 4 - B 1	315	255	55	5	65	10	55
A 16 + Amtszulage, A 16	250	175	75	5	80	5	75
A 15	295	185	105	5	125	20	100
A 14	310	235	70	5	90	20	70
A 13	55	45	10	5	20	10	10
3. Einstiegsamt	3 735	2 660	1 005	70	1 270	255	985
A 14 "S", A 13 "S" + Amtszulage	20	15	5	-	5	.	5
A 13 "S"	1 085	810	265	10	285	20	265
A 12	1 190	830	345	20	400	55	340
A 11	1 040	735	290	20	390	95	280
A 10	370	260	90	20	175	75	85
A 9	25	10	10	.	15	5	10
2. Einstiegsamt	1 175	830	320	20	410	80	315
A 10 "S", A 9 "S" + Amtszulage	145	115	30	.	40	5	30
A 9 "S"	485	320	150	10	180	20	150
A 8	300	245	50	5	80	25	50
A 7	200	130	65	5	90	25	65
A 6	35	20	15	-	20	5	15
A 5	10	5	5	-	5	-	5
1. Einstiegsamt	90	35	55	5	55	-	55
A 6 "S", A 5 "S" + Amtszulage	5	.	.	-	.	-	.
A 5 "S"	70	30	40	.	40	-	40
A 4 - A 1	20	5	15	.	15	-	15
Sonstige	5	5	.	-	5	.	.
Zusammen	6 325	4 490	1 720	115	2 145	405	1 690
Versorgung nach beamtenrechtlichen Grundsätzen							
Arbeiternehmer/-innen	40	35	5	-	10	5	5
Versorgungsempfänger/-innen insgesamt							
Insgesamt	6 365	4 525	1 725	115	2 155	405	1 695

T 3 Versorgungsempfänger/-innen[1] im Landesbereich und im kommunalen Bereich am 1. Januar 2017 nach Art der Versorgung, Geschlecht und Altersgruppen

Alter von ... bis … Jahren	Empfänger/-innen von				darunter Empfängerinnen von		
	Versorgungs-bezügen insgesamt	Ruhegehalt	Witwen-/ Witwer-geld	Waisengeld	Versorgungs-bezügen insgesamt	darunter	
						Ruhe-gehalt	Witwen-geld
Landesbereich							
unter 15	80	-	-	80	40	-	-
15-19	100	-	-	100	50	-	-
20-24	205	-	-	205	105	-	-
25-29	115	.	-	115	55	-	-
30-34	25	5	5	15	10	5	5
35-39	55	30	10	15	30	20	5
40-44	125	85	30	15	85	55	25
45-49	235	155	60	20	160	100	45
50-54	415	235	145	40	265	115	135
55-59	955	575	340	40	565	240	300
60-64	4 490	3 830	625	35	1 735	1 165	555
65-69	13 140	12 120	995	20	5 640	4 780	850
70-74	9 420	8 320	1 090	10	3 765	2 810	950
75-79	8 395	6 720	1 665	10	3 400	1 905	1 490
80-84	4 400	2 905	1 485	5	2 115	715	1 395
85-89	3 090	1 685	1 400	5	1 795	450	1 340
90-94	1 835	820	1 015	-	1 280	285	995
95 und mehr	450	140	310	-	350	45	310
I n s g e s a m t	47 535	37 625	9 175	735	21 445	12 690	8 390
Kommunaler Bereich							
unter 15	10	-	-	10	.	-	-
15-19	30	-	-	30	10	-	-
20-24	25	-	-	25	20	-	-
25-29	15	-	-	15	5	-	-
30-34	5	5	.	-	5	.	.
35-39	5	5	.	-	5	5	.
40-44	25	20	5	.	20	15	5
45-49	60	45	10	5	35	25	5
50-54	100	65	35	.	60	25	30
55-59	235	165	65	5	110	45	60
60-64	580	475	95	10	170	75	90
65-69	1 415	1 260	150	5	215	65	145
70-74	985	820	165	-	205	45	160
75-79	1 045	785	255	.	300	50	250
80-84	715	385	325	.	335	15	320
85-89	625	290	330	.	350	20	330
90-94	360	135	225	-	240	10	225
95 und mehr	90	30	60	-	65	5	60
I n s g e s a m t	6 325	4 490	1 720	115	2 145	405	1 690

1 Nur Versorgungsempfänger/-innen, deren Bezüge nach Beamtenversorgungsrecht ermittelt werden.

T 4 Zugänge von Ruhegehaltsempfängern/-innen zum Versorgungssystem der Beamten/-innen und Richter/-innen im Landesbereich im Jahr 2016 nach Aufgabenbereichen, Laufbahngruppen, Geschlecht, Gründen für den Eintritt des Versorgungsfalles und Altersgruppen

Grund für den Eintritt des Versorgungsfalles Alter von … bis ... Jahren	ins-gesamt	Beamte/-innen und Richter/-innen im . . .						
		Schul-dienst	Vollzugs-dienst	in übrigen Bereichen	4. Einstiegs-amt	3. Einstiegs-amt	2. Einstiegs-amt	1. Einstiegs-amt
Land insgesamt								
Dienstunfähigkeit	270	140	45	85	50	160	55	5
unter 45	30	10	10	10	5	15	10	.
45–49	25	10	10	5	5	10	10	.
50–54	40	15	15	15	5	30	5	-
55–59	70	35	10	25	10	50	10	-
60 und älter	100	70	.	35	30	60	15	-
Besondere Altersgrenze	350	-	350	-	5	320	25	-
Antragsaltersgrenze bei Schwerbeh. und besonderer Altersgrenze	200	105	20	80	50	115	35	-
Allgemeine Antragsaltersgrenze	280	150	-	130	80	155	40	5
Gesetzliche Regelaltersgrenze	955	625	-	335	355	510	90	5
Übrige Gründe	10	-	-	10	10	-	-	-
I n s g e s a m t	2 065	1 015	415	635	550	1 260	245	10
Frauen								
Dienstunfähigkeit	145	95	10	40	25	95	25	.
unter 45	20	10	5	5	.	10	5	.
45–49	15	10	5	5	.	10	5	-
50–54	20	10	.	10	.	15	5	-
55–59	35	30	.	5	10	25	.	-
60 und älter	50	35	-	10	10	30	5	-
Besondere Altersgrenze	5	-	5	-	-	5	.	-
Antragsaltersgrenze bei Schwerbeh. und besonderer Altersgrenze	70	55	-	15	20	45	5	-
Allgemeine Antragsaltersgrenze	125	95	-	30	25	90	10	.
Gesetzliche Regelaltersgrenze	400	355	-	45	80	310	10	-
Übrige Gründe	5	-	-	5	5	-	-	-
I n s g e s a m t	745	600	15	130	150	545	50	.

T 5 Zugänge von Ruhegehaltsempfängern/-innen zum Versorgungssystem der Beamten/-innen im kommunalen Bereich im Jahr 2016 nach Aufgabenbereichen, Laufbahngruppen, Geschlecht, Gründen für den Eintritt des Versorgungsfalles und Altersgruppen

Grund für den Eintritt des Versorgungsfalles Alter von … bis unter... Jahren	ins-gesamt	Beamte/-innen und Richter/-innen im . . .						
		Schul-dienst	Vollzugs-dienst	in übrigen Bereichen	4. Einstiegs-amt	3. Einstiegs-amt	2. Einstiegs-amt	1. Einstiegs-amt
Kommunaler Bereich insgesamt								
Dienstunfähigkeit	45	-	5	45	5	30	15	-
unter 45	5	-	.	.	-	.	.	-
45–49	.	-	-	.	-	.	.	-
50–54	5	-	.	5	.	5	.	-
55–59	15	-	.	15	.	10	5	-
60 und älter	20	-	-	20	.	15	5	-
Besondere Altersgrenze	15	-	15	-	.	5	10	-
Antragsaltersgrenze bei Schwerbeh. und besonderer Altersgrenze	30	-	-	30	5	25	.	-
Allgemeine Antragsaltersgrenze	55	.	-	55	10	40	5	-
Gesetzliche Regelaltersgrenze	75	.	-	70	10	50	10	-
Übrige Gründe	15	-	-	15	15	-	-	-
I n s g e s a m t	180	.	15	165	35	115	30	-
Frauen								
Dienstunfähigkeit	20	-	-	20	.	10	5	-
unter 45	.	-	-	.	-	.	.	-
45–49	.	-	-	.	-	.	.	-
50–54	5	-	-	5	.	.	.	-
55–59	5	-	-	5	-	5	-	-
60 und älter	5	-	-	5	-	.	.	-
Besondere Altersgrenze	-	-	-	-	-	-	-	-
Antragsaltersgrenze bei Schwerbeh. und besonderer Altersgrenze	5	-	-	5	-	5	.	-
Allgemeine Antragsaltersgrenze	10	.	-	10	.	5	.	-
Gesetzliche Regelaltersgrenze	5	-	-	5	.	5	.	-
Übrige Gründe	-	-	-	-	-	-	-	-
I n s g e s a m t	20	.	-	20	5	15	5	-

Impressum

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: poststelle@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Kostenfreier Download im Internet: http://www.statistik.rlp.de/de/publikationen/statistische-berichte/

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2018

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.